

Schönebergs Lebensmittelpolitik.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Zu Beginn der gestrigen Stadtverordnetenversammlung in Schöneberg wurde über die Anfragen an den Magistrat verhandelt, über die wir berichtet haben. Oberbürgermeister Dominicus erklärte sich zur sofortigen Beantwortung bereit. Stadtverord. L. Meyer (Lib.) begründete kurz die Anfrage, die sich mit den Preisen der städtischen Rubeln beschäftigt. Stadtv. Dr. Zeitlin (Freie Frakt.) begründet die zweite Anfrage: dem Detaillisten steht ein Verdienst von 5 Pf. zu, während der Gewinn des Magistrats etwa 5 bis 7 Pf. beträgt. (Hört, hört!) Die Versorgung mit Lebensmitteln durch die Gemeinde scheint doch nur wünschenswert im Interesse einer gerechten Verteilung; ein Zwischenverdienst jedoch des Magistrats ist auf jeden Fall zu mißbilligen. Redner weist auf die allgemeine Notlage des Kleinhandels hin, der dringender Unterstützung bedürfe. Die Kolonialwarenhändler halten einen Verdienst von 15 v. S. für das mindeste.

Oberbürgermeister Dominicus: Große Beunruhigung haben in der Schöneberger Bevölkerung die Angriffe hervorgerufen, die dem Magistrat eine unzulässige Preispolitik vorwarfen; wer ist nun der Benachteiligte? Der Eindruck bestand, daß sich der Magistrat auf Kosten der Einwohner bereichere, ja, man sprach von staatsanwaltlicher Verfolgung wegen Kriegswuchers. — Das Interesse der Einwohner, der Verbraucher ist von allen diesen Verdiensten unberührt geblieben; die Preise für die Verbraucher sind festgesetzt worden und nicht höher als in Berlin. Eine Beschwerde des Publikums liegt nicht vor; es sind die Kleinhändler, nicht alle, nicht einmal die Mehrheit. 200 Geschäfte sind von uns versorgt worden und bestürmen uns um weitere Lieferungen. Ein einziger Kaufmann war nicht zufrieden mit dieser Preisbemessung und hat dann die Aufregung und Unruhe ins Publikum gebracht. Wir behandeln die Lebensmittelversorgung nicht als gewinnbringendes Geschäft. Bei unserem bisherigen Umsatz von $5\frac{1}{2}$ bis 6 Millionen haben wir 70- bis 80 000 Mark Fehlbetrag gehabt. Wir haben also keinen Zweig des Erwerbslebens zu unseren Gunsten geschädigt. Und wir können nicht Fehlbeträge verantworten, die wir zugunsten eines Gewerbes, des Kleinhandels, ertragen müssen. (Sehr richtig!) Wir haben nach besten Kräften alle Kreise bedacht in Verdienstmöglichkeiten; wir sind nicht dem Teigwarenhändlerverband untergeben, daß wir den Verpflichtungsschein erfüllen müßten. Wir verteilen den Gewinn so, daß alle Beteiligten daran teilhaben. Und wir haben dafür gesorgt, daß die Ware so schnell wie möglich unter das Volk geworfen wird und deshalb die Deputation nicht mehr befragen können. Und wir waren und sind noch die ersten, die die Verteilung dieser Teigwaren durchgeführt haben. Und wir haben die Allgemeinheit berücksichtigt, indem wir die Preise für die Verbraucher festsetzten.

Auf Beschluß des Hauses folgt eine Besprechung der Angelegenheit. Stadtv. Küster (Soz.) greift heftig den Begründer der zweiten Anfrage, Stadtv. Dr. Zeitlin, an und wirft ihm vor, er habe völlig den Verbraucher unberücksichtigt gelassen in seinen Ausführungen. Die Käufer sind die ersten, denen man helfen muß! — Stadtv. Dr. Mumm (Freie Fraktion) fragt den Oberbürgermeister, warum der Magistrat sich an die Höchstpreise beim Verkauf gehalten und sie als Mindestpreise betrachtet hat. Redner ist nicht der Ansicht, daß der Magistrat, um einen Fehlbetrag abzutragen, die Lebensmittel eigenmächtig verteuern darf. Er fragt ferner an, wie überhaupt dieser Fehlbetrag entstanden sei.

Oberbürgermeister Dominicus weist die Angriffe des Vorredners zurück: Warum wäre ein Herabsetzen des Rubelverkaufspreises unmöglich gewesen? Die Kaufleute hätten die städtischen Rubeln zum Höchstpreis verkauft unter dem Vorwande, sie verkauft zu alte Bestände. Ich bin erstaunt über den Vorwurf, daß wir versuchen, einen Verlust langsam abzutragen. Wäre es nicht

pflichtvergessen, wenn wir das nicht versuchten? (Bravo!) Und unsere Lebensmittelpolitik ist durchaus nicht „unzulässig“, bis heute, weder vor noch nach dem Bekanntwerden der Angriffe, hat sich eine Behörde oder die Reichsgetreidestelle beschwerdeführend an uns gewandt.

Redner wandte sich gegen neue Angriffe des Stadtv. Dr. Zeitlin: Es handelt sich im ganzen um 20 000 Pfund Rubeln; geben wir zu, drei Pfennig am Pfund verdient zu haben, dann haben wir also 260 Kaufleute um ganze 600 Mark schönede geprellt! (Seiterkeit.)

Nach zweieinhalbstündiger Verhandlung tritt die Versammlung in die Tagesordnung ein. Unwesentliche Nachbewilligungen werden schnell erledigt. Ueber die Vorlage des Magistrats, die die Anlage einer Schweinemästerei auf dem städtischen Rieseltgute fordert, wird vom Stadtv. Salinger ausführlich berichtet; die Vorlage wird ohne Erörterung angenommen. Auch der Errichtung einer besonderen Kriegsfürsorge für erwerbslose Arbeiter der Textilindustrie wird ohne weiteres zugestimmt.